

Große Anfrage

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Gründung innovativer Unternehmen aus Hochschulen, Großforschungseinrichtungen und Einrichtungen der Blauen Liste

Die Anzahl der Ausgründungen aus Hochschulen, Großforschungseinrichtungen und Einrichtungen der Blauen Liste bewegt sich in einer verschwindend kleinen Größenordnung, die auf den volkswirtschaftlichen Nutzen bezogen unbefriedigend ist. Recherchen haben ergeben, daß beispielsweise in allen Großforschungseinrichtungen nur 30 Unternehmensgründungen in den letzten fünf Jahren stattfanden. Dabei beträgt in diesem Fall die Mitarbeiterzahl aller ausgewiesenen 16 Großforschungseinrichtungen ca. 15 000 Mitarbeiter. Diese Einrichtungen erhielten in diesem Zeitraum ca. 14 Mrd. DM an öffentlichen Etatmitteln. Darin sind die projektbezogenen Forschungsmittel nicht enthalten.

Die Bundesregierung wird daher gefragt:

1. Welche bewährten Instrumente existieren bei Hochschulen, Großforschungseinrichtungen und Einrichtungen der Blauen Liste zur Förderung von Firmengründungen?
Welche sind durch die Bundesregierung dafür vorgesehen bzw. beabsichtigt?
2. Welche konkreten Beispiele für erfolgreiche Ausgründungskonzepte existieren nach Kenntnis der Bundesregierung für die oben genannten Einrichtungen (bitte alle Ausgründungen aus Großforschungseinrichtungen und der Fraunhofer Gesellschaft im Zeitraum von 1991 bis 1995 auflisten unter Angabe der Zahl der in den ausgegründeten Firmen Beschäftigten per 31. Dezember 1995)?
3. Welche praktikablen Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Bundesregierung existieren für Existenzgründer durch die oben genannten Einrichtungen?
4. In welcher Richtung sieht die Bundesregierung Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende Organisations- und Haushaltsstrukturen mit dem Ziel einer wirksameren Förderung von Ausgründungen?
Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung insoweit getroffen, bzw. welche Maßnahmen sind beabsichtigt?

5. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um junge Unternehmer aus oben genannten Einrichtungen zu Ausgründungen zu motivieren?
6. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Rahmen des Hochschulstudiums die Grundzüge unternehmerischen Handelns bereits in der Lehre zu integrieren sind?
Welche praktikablen Voraussetzungen in der Ausbildung sind zur Hinführung von Existenzgründungen vorgesehen?
7. Welche praxisorientierte betriebs- und marktwirtschaftlichen Voraussetzungen sind in den Aus- und Fortbildungsplänen von Mitarbeitern vorgesehen, die Existenzgründungen unterstützen?
8. Welche dienstrechtlichen Bestimmungen (z. B. bei Personaltransfer) hindern Existenzgründungen aus oben genannten wissenschaftlichen Einrichtungen, und welche Änderungen sind vorgesehen?
9. Welche Regelungskonzepte bestehen versorgungsrechtlich (z. B. Versorgungsansprüche gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) oder sind vorgesehen?

Bonn, den 21. Mai 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion